

Die Sanitätswarte

Zeitschrift für das Personal in Kranken-, Pflege- und Irren-Anstalten
 Kliniken, Sanatorien, Bade- und Massage-Instituten, Seebädern
 Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition:
 Berlin W. 57, Wintterfeldt-Strasse 24.
 Fernsprecher: Amt Rahm. Nr. 2746.
 .. Redakteur: Emil Dittmer. ..

Berlin,
 im Dezember 1918.

Erscheint alle Monat, am 1. Freitag.
 Bezugspreis inklusive „Die Gewerkschaft“ viertel-
 jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
 Postzeitungs-Liste Nr. 3164.

An das Krankenpfleger-, Massage- und Badepersonal.

Kollegen und Kolleginnen! Endlich, in dem mehr als 4-jährigen Blutvergießen ein Ende bereitet worden. Politische Umwälzungen von nie gewohnter Größe folgten. Mit einem Ruck ist das deutsche Volk aus dem Zustand der Unfreiheit und Unterdrückung zum freiesten Volk der Welt geworden. Alle, die unter dem alten System gelitten und geschmachtet haben, freuen sich nun mit Recht der größten aller Errungenschaften. Befreit sind endlich alle arbeitenden Schichten von den Fesseln und Banden, die bisher ihre Bewegungsfreiheit eingeengt haben.

Die Revolution hat zunächst nur die politische Befreiung als Staatsbürger gebracht. Zugleich ist aber auch die Bahn frei geworden zur Befreiung von wirtschaftlicher Ausbeutung und Unterdrückung. Es bedarf daher noch der Anspannung großer Kräfte und der Mitarbeit aller, um das begonnene Werk fortzusetzen und zu vollenden.

Unter den Berufsgruppen, die unter den alten Zuständen am meisten zu dulden und zu leiden hatten, steht das Krankenpflege-, Massage- und Badepersonal an erster Stelle. Miserable Entlohnung, überlange Dienstzeit — bis zu 14 und 16 Stunden —, persönliche Unfreiheit, teilweiser Ausschluß von den Vorteilen der sozialen Gesetzgebung, das waren die Hauptübelstände, unter denen das gesamte Personal der Krankenpflege seinen schweren und aufopferungsvollen Dienst verrichten mußte.

Kollegen und Kolleginnen! Sollen diese Zustände in Eurem Beruf nun noch weiter bestehen bleiben? Einstimmiges Nein! wird und muß die Antwort darauf sein.

Es wäre aber grundfalsch, zu glauben, daß, nachdem die politische Freiheit so rasch erreicht wurde, nun auch die wirtschaftliche Freiheit als natürliche Folge von selbst kommen wird. Dazu wird es zunächst noch Eurer kräftigen Nachhilfe bedürfen. Ihr müßt Euch bewußt sein, daß Eure schlechten Lohn- und Dienstverhältnisse auf einem alten eingewurzelten System beruhen, das nicht im Handumdrehen beseitigt ist. Klarheit, Zielbewußtsein und Beharrlichkeit nur führen daher zum Ziel.

Eine neue Zeit ist angebrochen! Auch Ihr seid in der Lage, Euren Beruf und Eure Existenz auf gerechte Daseinsbedingungen aufzubauen. Schon vor dem Kriege fanden Zehntausende beiderlei Geschlechts ihre Existenz in der Krankenpflege und dem Massage- und Badefach. Neue Tausende sind während des Krieges in diesem Beruf ausgebildet worden. Ueberfüllung des Berufs und Arbeitslosigkeit für Tausende, die während der langen Kriegsdauer in hingebungs-voller Aufopferung Kranke und Verwundete pflegten, ist die Folge. Es darf aber nicht geduldet werden, daß Tausende ohne Arbeit und Verdienst sind, während andere in übermenschlich langer Dienstzeit bis zur Erschöpfung ihrer Kräfte angepannt werden. Hierin muß schnellstens Abhilfe geschaffen werden durch erhebliche Verkürzung der täglichen Dienstzeit.

Kollegen und Kolleginnen! Soll aber die Ausübung Eures schweren und aufopferungsvollen Berufes Euch zur Freude und inneren Befriedigung gereichen, dann müssen Eure gesamten Lohn-, Dienst- und Rechtsverhältnisse auf vollständig neue Grundlage gestellt werden. Wir fordern daher in erster Linie:

Festlegung der gesamten Lohn- und Dienstverhältnisse mittels tariflicher Vereinbarung mit der gewerkschaftlichen Organisation des Personals.

Zahlung angemessener Löhne, unter Festsetzung von Minimalätzen und regelmäßigen Dienstalterszulagen.

Verabreichung der täglichen Dienstzeit auf 8 Stunden.

Wöchentliche Ruhepause von mindestens 36 Stunden. Persönliche Freiheit während der dienstfreien Zeit.

Beseitigung des Kost- und Logiszwanges.

Alljährlichen Sommerurlaub, unter Fortzahlung des Lohnes.

Einführung von Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung.

Gleichstellung des männlichen und weiblichen Personals.

Errichtung öffentlicher, paritätisch verwalteter Facharbeitsnachweise und Verbot der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung.

Zur Verbesserung der rechtlichen Stellung fordern wir:

Aufhebung aller Ausnahmedestimmungen und Gleichstellung des Krankenpflegepersonals mit allen anderen Berufsgruppen in der sozialen Gesetzgebung.

Zur Hebung des Berufs ist der Erlass einheitlicher gesetzlicher Bestimmungen für das ganze Reich über: **obligatorische Ausbildung des Krankenpflege-, Massage- und Badepersonals und Regelung des beruflichen Prüfungswesens** unbedingt erforderlich.

Das in der Krankenpflege tätige Personal muß aber nun selbst mit dafür sorgen, daß diese Forderungen möglichst bald erfüllt werden. Eine mutige Vorkämpferschar, vereint im

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Reichssektion für das Pflegepersonal, hat sich schon seit Jahren für die Verwirklichung dieser Ziele eingesetzt. Ihr wirtschaftlicher Einfluß war aber zu gering, weil noch so viele Kolleginnen und Kollegen abseits dieses Ringens standen. Wollt Ihr nun noch länger zaudern und zurücksehen? Nütze jeder die Zeit und baue mit an dem Gebäude der Zukunft.

Im neuen Deutschland darf es in unserem Beruf niemanden unter den alten rückständigen Lohn- und Dienstverhältnissen mehr geben. Das große Werk kann aber nur gelingen, wenn Ihr Euch in der Organisation vereinigt und so eine starke wirtschaftliche Macht darstellt.

Wohlan! Tretet ein in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Reichssektion für das Krankenpflege-, Massage- und Badepersonal.

Im Zeichen der neuen Zeit.

Was durch Jahrzehnte nicht zu erreichen war, der Weltkrieg brachte es zutage: den Sturz des alten Systems. Ein falscher Kurs, mit Hintertreppchenpolitik, Unterdrückungen, Verfolgungen, Anebelung der Freiheit und Willensäußerung, persönliches Regiment von Gottes Gnaden und die Herrschaft der heißenden Massen gegenüber dem Proletariat, und nicht zuletzt eine vernichtende Massenjustiz, waren die Ursachen der inneren und äußeren Demoralisation.

Das alte System fiel, weil es fallen mußte, und auf seinen Trümmern erstand die deutsche Republik. Es bedurfte nur eines energischen Stoßes, um das erbitterte, ausgehungerte Proletariat nach zu rütteln und zum Kampfe auf die Schanzen zu rufen. Und während der verächtliche deutsche Militarismus, der uns die Welt zum Feinde machte, zerstückert wurde, legte in Innern unter dem Jubel des Volkes eine neue Ausrüstung, ein neues Leben.

Der „innere Feind“ ist geschlagen, aber nicht die einst geächtete Sozialdemokratie, sondern ein altes, verkümmertes System, welches erbarmungslos mit eiserner Faust jedes freie Leben erstickte und die Rechte der breiten Massen mit dem Polizeinüppel unterdrückte.

Schon in der Schule veruchte man, in die junge Seele den Militarismus einzupflanzen und den obersten Kriegsherrn im Sinne der Monarchie zu verherrlichen, und somit den Geist der Jugend für die Zukunft zu beeinflussen.

Daß die Stunde kommen würde, wo sich eine derartige Politik bitter rächen würde, war gewiß. — Und die Stunde kam, furchtbar in ihrer Gewalt, und tränkte die Wälder mit dem Blute von Millionen Menschen. Die Schuld an dem namenlosen Elend trug freilich nicht allein die deutsche Dynastie und deren Politik, sondern auch der feindliche Imperialismus, welcher die Stunde für gekommen erachtete, die Weltmachtstellung Deutschlands zu vernichten. Fast zwei Millionen deutscher Männer haben die Politik von Gottes Gnaden mit Leben und Gesundheit bezahlen müssen. Die längst erwartete Einkehr kam zu spät. Kurz vor der Katastrophe konnte auch die Gewährung von Volksrechten das Schicksal nicht mehr abwenden. Bekannte Politiker und Militärs, ehemals Anhänger des alten starren Systems, bekannten sich sogar in den verhängnisvollen Tagen zur Notwendigkeit des Umklerns. Heber vier Jahre hatte das Volk gehungert und gedurbt, war idamlos von Kriegszweimilern ausgebeutet worden, und gefürchtete Waisen, verwaiete Kinder, verwitwete Frauen sahen Zeugnis von dem gewaltigen Elend, welches über das deutsche Volk hereingebrochen war. Da gab es kein Vatten mehr, das Alte kürzte frackend zusammen, und auf den Ruinen erhebt sich die deutsche Freiheit. Halten wir fest an dem Erungenen für uns und für die kommenden Geschlechter. Unsere Organisation wird auch in der Stunde der Wiedergeburt die Interessen der Kollegen nachdrücklich vertreten.

Die Zeit zum Handeln ist gekommen. Die neue Epoche darf nicht spurlos an uns vorübergehen. Auch wir gehören zu den breiten Massen. Auch wir sind geächtet und geknechtet worden. Wir schlossen uns zusammen, um ein menschenwürdiges Dasein zu fröhen. Almosen gab man uns, und wer zu laut seine Stimme erhob, ging seiner Stellung verlustig. Ein kümmerliches Dasein liegt hinter uns und der sorgenvolle Blick für die Zukunft wird

erhellet durch die Hoffnung auf Besserung. Wessen Herz schlägt da nicht höher, wo der Blick aus dem Dunkel der Nacht sich erhellet? Wer will es uns verübeln, wenn wir nach langem, vergeblichen Warten, heute, wo das Alte stirzt, das Maß unserer Forderungen erhöhen?

Aber wir werden auch jetzt nichts Unmögliches verlangen. Vor allem muß gefordert werden: **Auskömmliche Gehälter** und eine dem Dienst entsprechende kräftige **Verköstigung**. Die Arbeitszeit muß gewaltig verkürzt werden. Wir fordern anständige Schlafräume und Speiseräume, welche gleichzeitig nach Dienstschaft als Erholungsstätte dienen. Nach Dienstschaft freie Ausgangszeit bis abends 12 Uhr.

Verheiratete müssen entsprechend besoldet werden und können außerhalb des Krankenhauses ihren Wohnsitz nehmen. Auch die Abhaltung von Unterrichtskursen unter Leitung von Ärzten ist alsbald vorzunehmen. Das weibliche Pflegepersonal sollte dem männlichen Pflegepersonal gleichgestellt werden.

Auch die Aufhebung des sogenannten **Kurpfundersgesetzes** vom Februar 1918, welches gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde, muß angestrebt werden. Dieses Gesetz, welches dem einen alles nimmt und dem anderen alles gibt, amtet den Geist der alten Gesellschaftsordnung und vertritt der Karole: „Freie Bahn dem Tüchtigen“ einen Kautschlag.

Das Gesetz verurteilt seine Entstehung den **Kurpfundfreien**, welche der selbständigen Tätigkeit der Heilgehilfen unfreundlich gegenüber standen. Die wirkliche Kurpfunderei auszuschalten, dürfte nicht allzu schwer sein, ohne daß man den Heilgehilfen zur Existenzlosigkeit verurteilt. Es geht aber nicht an, einzelne mißglückte Fälle, die auch in Kurpfundfreien täglich vorzukommen pflegen, als Kurpfunderei an den Pranger zu stellen.

Wäge die neue Zeit auch dem gesamten ärztlichen Hilfspersonal Glück und Segen bringen.

Die uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen haben jetzt die doppelte Pflicht, sich der Organisation anzuschließen.

B. A.

Der Landeshauptmann zu Nassau,

Dem Landeshauptmann zu Nassau unterreichen die Heil- und Pflegeanstalten zu Sieberrg, Weilmünster, Verbörn und Sadamar. Es kann wohl mit gutem Gewissen behauptet werden, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Personals in diesen Anstalten zu den verbesserungsbedürftigen derartiger Anstalten gehören. Seit Jahren ist das Personal bemüht, durch Eingaben an Direktion, Landesauswahl und Kommunallandtag seine Lage zu bessern, leider ist der Erfolg ein keinesfalls befriedigender. Die Schuld liegt zum allergrößten Teil an oben genanntem Landeshauptmann, dem Landrat **Krekel**. Dieser Mann, der echte Typ eines Junker-Vertreters, ist noch vollkommen frei von jedweden Sozialverständnis und sozialem Miempfinden. Seine Verfügungen, welche er in Arbeiterangelegenheiten herausgibt, atmen östlichen Geist. Seine Andeutungen sind derartig feil in einem veralteten, dem Verfall geweihten System verankert, daß nicht einmal ein Weltereignis, wie der Weltkrieg eines ist, es vermocht hat, auch nur die leiseste Spur einer Einwirkung auf Charakter, Gemüt und Andeutung bei ihm zu hinterlassen. Wir wollen nicht auf frühere Vorgänge zurückgreifen, obwohl das nabelage.

Untern 20. August 1918 reichte die Gauleitung erneut eine Forderung für das Personal der Anstalt ein: Wie früher gab auch jetzt die Anstaltsleitung das Gesuch an den Landeshauptmann zur Erledigung weiter. Als Antwort erhielt unsere Gauleitung Frankfurt a. M. folgendes Schriftstück:

„Der Landeshauptmann in Nassau, Wiesbaden, 10. Sept. 1918. Auf das am 20. August 1918 an die Direktion der Landesheil- und Pflegeanstalt Siegburg in Sachen deren Pflegepersonals gerichtete, von der Direktion hierher abgegebene Schreiben teile ich Ihnen hierdurch mit, daß ich es ablehne, mit einer außerhalb der diesseitigen Verwaltung stehenden Stelle oder Person über die Einkommensverhältnisse des diesseitigen Pflegepersonals zu verhandeln.

Dieses gilt um so viel mehr, als gerade für das Pflegepersonal der diesseitigen Landes-Heil- und Pflegeanstalten vor einigen Jahren Pfleger- und Pflegerinnen-Ausschüsse behufs Wahrnehmung von deren gemeinsamen Interessen verwaltungsseitig eingerichtet sind. Arefel.“

Genau wie vor 5 Jahren. Fremd und unzugänglich allem was Fortschritt heißt, glauben diese Herren, das Rad der Zeit aufhalten zu können.

Die Herren sind wir, und ein Knecht Du bist, Und es bleibt, wie es ewig gewesen ist.

So hat es bisher bei diesen Herren geheißen, und so möchten sie haben, daß es weiter gelte. Doch Herr Landeshauptmann: Wir gehen vorwärts die leuchtende Bahn, wir trocken der gewaltigen Macht! — Und auch für das Pflegepersonal werden wir bessere und menschlendere Verhältnisse schaffen, trotz Ihnen, Herr Arefel. Wir zürnen Ihnen durchaus nicht, denn wir wissen, daß Sie wohl nicht gut anders können. Die Erziehung, die Sie genießen, die Verhältnisse, unter denen Sie aufgewachsen sind, und die Stellung, in der Sie gelebt haben, machen es Ihnen unmöglich, anders zu denken. Aber eines möchten wir doch von Ihnen verlangen: Wenn Sie sich wieder auf eine Einrichtung berufen, wie diesmal bei dem Pflegeauschuß, dann überzeugen Sie sich erst genau; lassen Sie sich von Ihren unterstellten Stellen genau informieren, und dann geben Sie erst Antwort. Wir wollen Ihnen verraten, daß das männliche Pflegepersonal zurzeit gar keinen Pflegeauschuß hat, denn sämtliche Mitglieder des Ausschusses stehen zurzeit im Heeresdienst. Sogar sind auch die Tage dieser Müchwärter gezählt!

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Die erste Versammlung der städtischen Krankenanstalten Berlins nach der politischen Umwälzung fand am 12. November im „Weißen Saal“ des Rudolph Virchow-Krankenhauses statt. Auf einen Appell des Arbeiter-Ausschusses vorstehend an die anwesenden Schwestern verzichteten diese einmütig auf die Vergütungungen des 2. Fisches, und die Versammlung beschloß ebenso einmütig, daß genau so wie für Soldaten und Offiziere, auch für Ärzte, Schwestern und Personal die Einheitsküche eingeführt werden soll. Auch ein Antrag auf Abschaffung der Urlaubsbücher wurde mit der Einschränkung angenommen, daß an die Lehrschwestern nach wie vor von der Frau Oberin der Urlaub erteilt werden soll. Am 22. November fand die übliche Monatsversammlung des Personals statt, die so zahlreich besucht war, daß der geräumige Saal die Erscheinenden nicht fassen konnte. In der Diskussion wurde berichtet, daß die Urlaubsbeschränkung sofort nach der Versammlung im „Weißen Saal“ aufgehoben worden sei, daß aber die Oberin nachträglich erklärt habe, daß doch etwas Ordnung sein müsse und die Wärterinnen nach wie vor um Urlaub bitten müßten!! Lebhaftes Widerspruch wurden gegen den Stollenführer Neumann von den Hausdienern erhoben. Der Arbeiter-Ausschuß wurde mit der Abkündigung der Weidwerden beauftragt. Am Schluß der Versammlung legte der Kollege Kentsch Rechnung über die Kranzspende für die Opfer der Revolution ab. Ein Heberidung von 151,25 Mk. wurde der Kassa des Landes zu Unterstützungszwecken überwiesen.

Berlin. Städtische Rettungstellen. In zwei Parallelversammlungen am 18. und 19. November beschäftigten sich die Heilgehilfen der Rettungstellen mit den Aufgaben, die in der nächsten Zeit zu erledigen sind. Die erste Sitzung fand in Gegenwart des Herrn Direktors Frankel statt. Kollege Bach teilte mit, daß in einer Mitteilung mit dem Stadtkommandant Köster dieser erklärt habe, daß der Achtstundentag für die Heilgehilfen nicht in Frage käme, da nach dem Beschluß des Magistrats dieser nur für die Arbeiter, nicht aber für die Angestellten gedacht sei. Kollegin Friedrich trat dieser Auffassung des Kuratoriums des Rettungswesens sehr energisch entgegen. Sie verwies darauf, daß in dem Magistratsbeschuß weder von Arbeitern noch von Angestellten die Rede ist, sondern daß es dort einfach heißt, daß in allen städtischen Betrieben und Anstalten ab 1. Dezember der Achtstundentag einzuführen ist. Derartige kleinliche Auslegungskünste einzelner Betriebsleitungen würden einfach an der Logik der Tatsachen scheitern, die es einfach unmöglich machen, daß da, wo „Arbeiter“ und „Angestellte“ nebeneinander arbeiten, die Arbeiter nach acht, die Angestellten aber erst nach zwölf oder auch 14 Stunden die Arbeitsstelle verlassen. Die Heilgehilfen stimmten dem zu und erklärten, unter allen Umständen an der Forderung des Achtstundentages festzuhalten. Kollege Bach teilte darauf die Anträge mit, die von der dazu beauftragten Kommission ausgearbeitet waren. Die Anträge fordern u. a. die Einführung des Achtstundentages, die Wiedereinführung des 9. freien Tages, die Abänderung des Dienstvertrages, die Einstellung von Stellvertretern für erkrankte und beurlaubte Heilgehilfen, die Aufhebung des Wohnzuges, Verbesserung der Urlaubsverhältnisse und Hinzuziehung eines Vertreters der Heilgehilfen zu den Kuratoriumssitzungen. Kollege Barnewitz wies besonders auf die Notwendigkeit des letztgenannten Antrages hin. Im Kuratorium sei man sich über das, was die Heilgehilfen in den Rettungstellen zu leisten haben, durchaus nicht klar. Uebereinstimmend wurde festgestellt, daß die Ärzte wiederholt tage- und wochenlang nicht auf den Stationen anwesend sind und die Heilgehilfen dort völlig selbständig arbeiten müssen. Nur wer auf den Rettungswagen arbeitet, kann beurteilen, was dort notwendig ist. Die Anträge wurden einstimmig angenommen und die Oberverwaltung beauftragt, sie dem Kuratorium zu übermitteln und alles Notwendige zu tun, um deren Durchführung soweit wie möglich zu beschleunigen.

Berlin. In der Versammlung der Anstalt Ruhlgarten, am 14. November, zu der das gesamte Personal Urlaub erhalten hatte, waren u. a. auch die Herren Bureauvorsteher Genz und der Inspektor des Gutshofes erschienen. In der Diskussion fand eine lebhafte Aussprache über die Einführung des Achtstundentages, die Aufhebung der Urlaubsbeschränkungen und die Einführung der Einheitsküche statt. Herr Genz, der sich wiederholt an der Diskussion beteiligte, erklärte, daß es völliger Ernst der Direktion sei, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und den Wünschen des Personals soweit wie möglich entgegenzukommen. Dem Wunsche des Gutsinpektors entsprechend, auch ferner an den Versammlungen des Personals teilnehmen zu können, wurde beschlossen, daß in Zukunft die Versammlungsanzeigen in der Anstalt angeschlagen werden sollen und daß jeder der dort Beschäftigten, ganz gleich, wer es sei, Zutritt zu diesen Zusammenkünften hat.

In der bisher „Aöniglichem“ Charité, die es bis dato sehr zum Schaden des Personals verstanden hatte, sich gegen jede gewerkschaftliche Organisation hermetisch abzuschließen, fanden am 18. und 19. November die ersten Versammlungen des dort beschäftigten Personals statt, die sich mit der Wahl eines Arbeiterrates beschäftigten. Obwohl der große Hörsaal gegen 500 Personen faßt, war er beide Male bis auf den letzten Stehplatz gefüllt. Kollegin Friedrich und Kollege Schulz sprachen über: „Die Notwendigkeit der Organisation“. Die Hinweise auf die bevorstehende Einführung des Achtstundentages und auf das, was durch die gewerkschaftliche Organisation in den Berliner städtischen Anstalten während der Kriegszeit erreicht worden ist, lösten bei den Versammelten freudiges Staunen und wahre Beifallshürme aus. Es wurde von den Diskussionsrednern der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es unter den veränderten Verhältnissen und mit Unterstützung der Organisation gelingen werde, auch die rüchständigen Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Charité einer gründlichen Umgestaltung zu unterziehen.

Die Versammlung der Irrenanstalt Dergaber wurde am 23. November im großen Anstaltsaal abgehalten. Die Ausführungen der Kollegin Friedrich wurden hier von den Kollegen Volk-Herzberge und Jannack-Ruhlgarten auf das nachdrücklichste unterstützt und allesamt auf die Notwendigkeit des einmütigen Zusammenarbeitens hingewiesen. In der Diskussion gab es eine sehr angeregte Debatte über den bevorstehenden Achtstundentag, wobei zum Ausdruck kam, daß es durch die Einführung desselben vor allen Dingen nun auch dem verbeirateten Pflegepersonal möglich sein werde, ein Familienleben kennen zu lernen, auf das es bis jetzt zum größten Teil verzichten mußte.

Die Städtischen Badeanstalten hielten am 26. November eine stark besuchte Versammlung ab. Auch hier war die Frage des Achtstundentages Hauptgegenstand der Diskussion. Die Mitteilung, daß die Monopkuralzulagen für die Badewärter, -wärterinnen um 10 resp. 5 Mk. ab 1. Juli erhöht worden sind, löste in der Sitzung allgemein Empörung aus. Es wurde beschlossen, daß sofort eine Kommission bei der Deputation vor-

stellig werden solle, um gegen eine derartige Abfindung des Personals ganz energisch Protest einzulegen. Kollegin Friedrich wies darauf hin, daß es sich hier nur um einen Irrtum handeln konnte. Die Zulagen sind von 30 auf 40 und von 20 auf 25 Mk. erhöht worden. Nach den Mitteilungen des Stadtv. Mann muß angenommen werden, daß sie nicht auf 40 und 25, sondern um 40 und 25 Mk. erhöht worden sind. Inzwischen hat die Kommission mit Herrn Stadtschulrat Reimann Rücksprache genommen, und es stellte sich heraus, daß es sich tatsächlich hier um einen Irrtum handelt. Die Verwaltungen wurden sofort verständigt, dem Personal nicht 10 und 5, sondern 40 und 25 Mk. erhöhte Zulagen auszusahlen.

— In Buch wurde am 21. November eine Versammlung des Personals aller städtischen Anstalten abgehalten, die von zirka 1000 Personen besucht war. Hier erregte es besondere Freude, daß als erster Diskussionsredner sich der Lazarettinspektor Gutowski mit den Ausführungen der Kollegin Friedrich vollkommen einverstanden erklärte. Er hat, bei der Einführung des Achtstundentages auf die Schwierigkeiten Rücksicht zu nehmen, die sich den Verwaltungen entgegenstellen. Die Einheitsküche ist im Lazarett Buch bereits erfaßt führt, und die Urlaubsbefristungen sind außerhoben! Daß durchaus nicht alle Anstaltsleitungen vom gleichen Geiste befeuert sind, bewies eine Beschwerde aus der Zentrale, wo den Wärterinnen — ausgerechnet in dieser Zeit — der Urlaub noch weiter gekürzt wurde! Es wurde beschlossen, sofort beim Maratorium Einspruch dagegen zu erheben. Eine Pflegerin des Hospitals berichtete über die Bequemlichkeit der Ärzte, die anstatt zu den Kranken zu gehen, sich diese auf den Bahnen von den Pflegerinnen bringen lassen! Aus der Arrenanstalt kamen wieder die nie vernehmenden Klagen über das Essen, die auch höfentlich hier bald durch die Einführung der Einheitsküche verrienen werden.

— Eine sehr gut besuchte Versammlung des Personals der Krankenhausier Noabit und Kinderkrankenhaus fand am 25. November im „Artushof“ statt. Kollege Faber sprach über: „Unsere Aufgaben für die nächste Zukunft“. Nach einer regen Diskussion wurde aus der Mitte der Versammlung eine Entschließung eingebracht, in welcher gesagt wird, daß sich die Kollegen nicht rückhaltlos zu der Politik der neuen Revolution bekennen. Die Einberufung der Nationalversammlung wird gefordert und gelobt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen etwaige Beitreibungen einer Gegenrevolution, durch welche die bisherigen Errungenschaften der Revolution gefährdet werden, Front zu machen, gleichviel, ob die Beitreibungen von rechts oder links kommen. Das Bureau wurde beauftragt, die Entschließung an den Vollzugsrat des A. u. S. M. weiter zu geben. Nach Besprechung verschiedener Aufträge in den Anstalten bestehender Mängel wurde der Arbeiterausschuß und der Verwaltungsausschuß beauftragt, die gerügten Zustände an den zuständigen Stellen zur Sprache zu bringen und für Abheilung zu sorgen.

— Am 27. November fand eine sehr zahlreich besuchte gemeinsame Versammlung der drei städtischen Anstalten: Chirurgische Klinik, Frauen-Klinik und Innere medizinische Klinik statt. Die Diskussion ergab ein sehr anschauliches Bild über die Willkürherrschaft, die bisher in diesen Anstalten geherrscht hat. Die Teuerungszulagen, die sehr verchieden ausgefallen sind, wurden ganz nach Gutdünken verteilt. Der Inspektor der chirurgischen Klinik erklärte bei der Aufzahlung der 2. Zulage, daß er dafür sorgen werde, daß keine weitere Zulage gewährt wird! Eine Einsaube an den Verwaltungsdirektor Raumann um Gewährung einer weiteren Zulage hatte keinen anderen Erfolg, als daß 2 Wärterinnen angefahren wurden wegen ihrer Begehrlichkeit. Auch über das Essen wurden lebhaft Klagen erhoben. Sehr leicht ist die Verwaltung der medizinischen Klinik über die Schwierigkeiten der Abendbesorgung des Personals hinweg gekommen: Des Abends gibt es eben kein Essen! Nicht einmal die Nachwachen haben besseres Essen erhalten, obwohl sie Sonntag noch Verrichtungsdienst machen müssen. Wenn hier Remedien geschaffen werden soll, dann wird es nötig sein, daß auch in die Verwaltungsstellen unserer städtischen Krankenanstalten der neue Geist unserer Zeit seinen Einzug hält. Bisher macht sich davon noch wenig bemerkbar!

Hamburg. Staatskrankenanstalten. Die Einführung des Achtstundentages in den Hamburgischen Staatsbetrieben hat das Pflege- und Dienstpersonal wach gerüttelt. Der größte Teil ist bereits dem Verbands beigetreten. Die Einführung der neuen Arbeitszeit für das genannte Personal stellen sich zum Teil Schwierigkeiten entgegen. Sie müssen und werden sich beseitigen lassen. Die Arbeitsbedingungen des Pflege und Dienstpersonals erheischen gründliche Umgestaltung. Volle Bewertung

der Berufstätigkeit und Hebung des Berufes muß herbeigeführt werden. Der am Orte vorhandene, kleine Verein der Krankenpfleger plant korporativen Eintritt in den Verband. Recht sich das Pflegepersonal an allen Orten in gleicher Weise, werden viele, lange bisher im Stillen gehegte Wünsche des Personals Erfüllung finden. Aber fester, über das ganze Reich verankerter Zusammenhalt ist notwendig. Die Zeit ist günstig, der Wunsch ist da, Erforderlich nur der einheitliche Wille. Dieser führt zum Erfolg. Im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband wird das einheitlich und voll organisierte Pflegepersonal einen festen und sicheren Rückhalt finden.

Auf an die Arbeit, zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse.

Kaufbeuren. Am 18. November tagte im Lammfeller eine Versammlung des Anstaltspersonals. Sie befaßte sich mit den jüngsten Ereignissen in Bayern und im Reich. Die Versammlung erfreute sich eines guten Besuchs. Als Gäste nahmen auch Medizinalrat Dr. Prinzling, Leiter der Anstalt, und Verwalter Sack teil. Kollege Reigl kennzeichnete die großen Umwälzungen, die sich in den letzten Tagen vollzogen. Wenn die ganze Umwälzung verhältnismäßig ruhig verlief, so sei das nur den organisierten Massen zu verdanken. Das alte System sei gefallen und ein neues ist im Werden. In den staatlichen Betrieben wurden früher die gerechtesten Forderungen der Arbeiter abgelehnt, ebenso in den Kreisbetrieben. Es sei nur an die bayerischen Heil- und Pflegeanstalten erinnert, die mit wenigen Ausnahmen die Forderungen des Personals achtlos beiseite schoben. Das heißt man die Zeichen der Zeit verkennen und Verunrabigung unter das Personal tragen. Leider trifft das auch auf die Anstalt Kaufbeuren zu. Dort sei man nicht immer mit dem notwendigen Wohlwollen entgegengekommen. Das muß in Zukunft anders werden. Die neue Zeit muß dem Anstaltspersonal neue Dienstverhältnisse bringen. Der Achtstundentag kann nur eine Frage der Zeit sein; die Kost und Wohnung muß beseitigt werden, so bald es die Verhältnisse zulassen und entsprechende Gehälter müssen festgesetzt werden. Das sind die Forderungen der jetzigen Zeit für das Anstaltspersonal. Bis zur Durchführung dieser Punkte müssen aber folgende Forderungen aufgestellt werden. Die Nachzahlung der einmaligen Teuerungszulage bis zur Höhe von 500 resp. 350 Mk. ist von der Regierung zugefagt. Auszahlung des Monatsgeldes für Urlaub und Krankheit alle Monat. Verabredung einer Personalloft. Einführung der Stunde Mittagspause auf allen Stationen. Gewährung einer dienstfreien Nacht alle 10 Tage an die Nachwachhabenden. Den Achtstündigen freien Tag für die Ledigen. Den verheirateten Pflegern müßte jede zweite Nacht eine Freinacht gewährt werden. — In der Diskussion sprach Medizinalrat Dr. Prinzling seine Freude über den Verlauf der Versammlung aus, und sagte die wohlwollende Behandlung der Forderungen zu, die durchgeführt werden können. Genosse Kossiga, Vorsitzender des Arbeiterrates, übte an verchiedenen Punkten Kritik und meinte, daß vor allem eine bessere Kost für das Personal am Plage sei. Verwalter Sack verurteilte die Angaben zu widerlegen und gab durch Zahlen bekannt, um wieviel die Anstalt gegen früher weniger Nahrungsmittel zugewiesen erhält. Mit diesen Mürzungen sei es unmöglich, eine bessere Kost herbeizuführen. Wo Mängel vorkommen, werde, wenn die Möglichkeit besteht, Abhilfe geschaffen. Nachdem die Klaffenloft entsprechend verurteilt, eine bessere Kost zugestanden wurde, forderte der Referent im Schlußwort die Anwesenden auf, die Arbeiterpresse zu lesen und durch das Abonnement zu unterstützen.

Filiale Berlin. Angestellte der Privat-Badeanstalten.

In der äußerst stark besuchten Zeitungsverammlung vom 19. November im Gewerkschaftsbauie hielt Kollege Wubk einen einleitenden Vortrag über: „Die Aufgaben der nächsten Zukunft“. Die daran anschließende lebhaft Aussprache, in der auf die von der neuen Regierung verfügte Durchführung der achtstündigen Arbeitszeit Bezug genommen wurde, schloß damit, daß die Vertrauensleute beauftragt wurden, schnellstens die Vorarbeiten dazu anzuschreiben und in kürzester Frist darüber Bericht zu erstatten. Mit Rücksicht auf die dadurch bevorstehenden Arbeiten in der Schlichtungskommission wurden neue Ersatzpersonen für die Mitglieder derselben gewählt, und zwar: Petin Eichinger, Carl Hoppe und Viktor Schaller. In den Arbeiter und Soldatenrat delegierte die Versammlung einstimmig den Kollegen Wubk als Vertreter der Angestellten der Groß-Berliner Privatbadeanstalten. Den Schluß der vom besten Geiste befeuert Versammlung bildete die Besprechung verchiedener Berufsfragen.

Kollegen, sorgt für Verbreitung dieser Agitationsnummer!